

2024 bleibt in schlechter Erinnerung – GdP-Proteste gehen weiter

Seit der Verkündung des Sondersparopfers Mitte November für die Beamtinnen und Beamten durch Finanz- und Innenminister Lorz und Poseck weicht die Enttäuschung zunehmend der Feststellung in Kollegenkreisen, dass diese Landesregierung für ihre Staatsdiener „nichts übrig hat“. Wir setzen auf einen sparsamen Staat. Wir sparen nicht bei unseren Bürgerinnen und Bürgern, sondern bei uns selbst, so die Einlassung des Ministerpräsidenten in der Pressekonferenz. Gut gebrüllt, Löwe, aber wir nehmen der Landesregierung diesen Spruch nicht ab! Die Frage muss erlaubt sein: Wer sind denn wir?

Landesbeamtinnen und -beamte sind alle ein Dienst- und Treueverhältnis eingegangen. Wir werden kalt durch die Besoldungsverschiebung abserviert. Mag sein, dass es für Ministerialbeamte oder die in der Staatskanzlei Tätigen nicht so schlimm ist, wenn die dortigen Amtsleiter solche Ansagen machen. Im Kreis der Polizei-, Fach- und Verwaltungsbeamten ist eine „Sollbruchstelle“ gebrochen. Diese zu kitten, wird langwierig und schwierig. Der sogenannte Brückenhaushalt hat die Brücke zwischen hessischer Beamtenschaft und der Landesregierung „unbegehrbar“ gemacht und zum Einsturz gebracht! Vertrauen in die Politik ist nach den Landtagswahlen in Ostdeutschland und dem Ampelchaos in Berlin in der Bevölkerung verloren gegangen. Jetzt auch in bei uns in Hessen.

Was ist das Wort eines Politikers wert?

Viele von uns haben sich darauf verlassen, dass Beamtenrecht dem Tarifrecht folgt. In fast allen anderen Bundesländern und im Bund ist das auch so. Ein Flughafen in Kassel-Calden, der seit Spatenstich Milliardensummen verschlungen hat und weiterhin auf Kosten der Steuerzahler subventioniert wird, ist Beleg einer Politik, die Prestigeobjekte priorisiert! An welcher Stelle stehenden die Landesbediensteten? Diese Politik zieht sich wie ein roter Faden durch das letzte Vierteljahrhundert in Hessen. Zur Erinnerung: Was ist mit den verkauften Landesimmobilien, die für enorme Geldsummen zurückgemietet werden müssen? Investitionen in neue Dienstgebäude? Fehlanzeige! Unter dem Rubrum einer christlich-sozialen Landesregierung sollte vieles besser werden. Ist das so? Seit 25 Jahren wechseln Koalitionspartner, die mit der CDU regieren. In diesem Vierteljahrhundert haben es alle Ministerpräsidenten der CDU geschafft, den öffentlichen Dienst mit Sparmaßnahmen „kaputtzusparen!“ Die SPD hatte seit 1999 nie die Chance mitzuregieren. Bis zum 18. Januar 2024. Leider ist das Wahlergebnis der Sozialdemokraten genauso niedrig wie deren politische Durchschlagskraft. Man ist der Juniorpartner und tut, was man kann, damit es in der Regierungskoalition keinen Streit gibt. Alt-



Foto: DGB

Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, Michael Rudolph (links), und Hessens GdP-Landesvorsitzender Jens Mohrherr am 13. Dezember 2024 in Frankfurt

vordere Sozialdemokraten wie z. B. Dr. Herbert Günther würden diese Partei heute nicht auf den ersten Blick wiedererkennen. Und Helmut Schmidt sagte einst: Wenn man einen Fehler gemacht hat, muss man sich als Erstes fragen, ob man ihn nicht sofort zugeben soll. Leider wird einem dies als Schwäche ausgelegt!

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden



+++ #Sonderopfer +++ #Sonderopfer +++

Respekt für unsere Polizei

Aus der Pressemitteilung des Innenministers „Einsatz verdient Respekt“: „(...) Die Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten gehen in ihrem Dienst für die Gesellschaft oft bis an ihre Grenzen. Nicht selten riskieren sie ihre eigene Gesundheit für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Dabei sind sie täglich mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert – aber auch mit sinkender Wertschätzung und fehlendem Verständnis für ihre Tätigkeit. Die schwarz-rote Landesregierung hat mit dem kürzlich vorgestellten Respektpaket bereits ein klares Signal gesetzt: Polizistinnen, Feuerwehrleute und Rettungsdienste können sich auf die Rückendeckung der gesamten Landesregierung verlassen. Mit verschiedenen Maßnahmen zollen wir Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten den Respekt, den sie verdient haben. (...)“

Respekt muss sich in Wertschätzung und auch in einem verlässlichen Einkommen widerspiegeln! Nicht mehr, aber auch nicht weniger!

Verfassungsrecht und Verfassungskonformität

Es ist auch nicht ansatzweise nachzuvollziehen, wie Verfassungskonformität einseitig proklamiert wird. Ja zu einem verfassungskonformen Haushalt, Nein zu einer verfas-

sungskonformen Besoldung. Das kann man uns, die Staats- und Daseinsfürsorge tagtäglich durch gute Arbeit sicherstellen, nicht länger vermitteln. Politische Unglaubwürdigkeit nutzen Populisten und Extremisten bundesweit in den Landtagen erfolgreich, um unsere Demokratie infrage zu stellen!

Zunächst wurden die Ergebnisse der ausgehandelten Tarifrunde zeitgleich und systemgerecht auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Obwohl ein Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung bereits den Landtag vor der Sommerpause 2024 passiert hatte (HBesVANpG 2025), drehen die Verantwortlichen Mitte November „jetzt schnell die Uhr zurück“. Hätte man nicht gleich die Karten auf den Tisch legen können? Selbstredend hätten wir in den Tarifverhandlungen im Frühjahr als Tarifvertragsparteien im Wissen einer geplanten viermonatigen Aussetzung der Besoldungserhöhung für unsere Beschäftigten einen deutlich höheren Abschluss gefordert.

Blick nach innen: Tarifbeschäftigte in der Polizei

Tarifbeschäftigte in der Polizei gehen derzeit im Kontext der Haushaltsberatungen unter, von ihnen und der herausragenden Arbeit spricht niemand! Ein Blick nach innen kann helfen: Im Polizeibereich sind 90 Prozent unserer Tarifbeschäftigten (ca. 3.200) in den Entgeltgruppen E 3 bis 9 eingruppiert. Seit Jahren wurden keine Arbeitsplatzbeschrei-

bungen mehr „angepackt.“ Die Polizeipräsidien werden vom Land im Stich gelassen, denn zusätzliches Geld ist dafür vom Land nicht zu erwarten! Dafür darf es dann gleich im Frühjahr wieder die gewohnten Lobgesänge der Landesregierung auf „ihre Polizei“ geben: Aufklärungsquoten und Kriminalstatistiken werden wieder so stark sein wie nie zuvor in der Geschichte. Damit eines klar ist: Mit der GdP wird es schwierig bleiben, liebe Landesregierung. Das, was wir im Dezember und Januar vorgelegt haben, geht bis März weiter. Wir legen die Beine nicht hoch. Wir haben auch keinen Grund dazu. Es bleibt noch wenig Zeit bis März. Dann soll der Haushalt 2025 final verabschiedet werden. Nutzt unser Protestpostfach und teilt uns eure Meinung zum Thema mit. Wir werden die Abgeordneten im Landtag vom Stimmungsbild unterrichten.

Bundestagswahlen im Februar 2025

Die Glaubwürdigkeit der Politik und die eilig noch vor Weihnachten vorgestellten Wahlprogramme der Parteien sind bekannt. Diese Bundestagswahl, die am 23. Februar terminiert ist, wird unsere Demokratie wie selten zuvor fordern. Daher meine Bitte: wählen gehen und das Stimmrecht nutzen! Denn: Wer in der Demokratie schläft, wird in der Diktatur aufwachen.

Jens Mohrherr,
Landesvorsitzender

Auftakt zur GdP-Protestwoche in Darmstadt

Am Mittwoch, dem 11. Dezember 2024, haben wir gemeinsam mit ver.di und den DGB-Gewerkschaften aus Südhessen/Darmstadt auf dem zentralen Luisenplatz, direkt vor dem Regierungspräsidium Darmstadt, unseren Protest auf die Straße getragen. Bis dahin hatten wir als GdP Hessen vor allem die medialen Kanäle genutzt, um unseren Unmut über die Besoldungsverschiebung zum Ausdruck zu bringen. In der Aktionswoche haben wir diesen Protest jedoch mitten in die Innenstädte gelegt.



Auftakt zur GdP-Protestwoche mit ver.di und dem DGB in Darmstadt



+++ #Sonderopfer +++ #Sonderopfer +++

Der Auftakt fand direkt vor der Haustür des Regierungspräsidiums Darmstadt statt. Hier wird nicht nur die beabsichtigte Besoldungsverschiebung zu spüren sein – im Gegensatz zum Polizeibereich darf auch jede dritte freie Stelle nicht neu besetzt werden. Die klare Botschaft aller Demoteilnehmer: „Das lassen wir uns nicht bieten!“

Knapp 100 Teilnehmer folgten dem Aufruf der Gewerkschaften, gegen den Sonderopferhaushalt der schwarz-roten Landesregierung Flagge zu zeigen. In mehreren Redebeiträgen wurde deutlich, dass die nachträgliche Änderung des bereits beschlossenen Besoldungsgesetzes nicht nur ein Betrug an der aktiven Beamtenschaft, sondern auch an den Versorgungsempfängern und Arbeitnehmern ist. Die Tarifverhandlungen zum TV-H standen zu 100 % unter dem Vorzeichen der Übernahme auf die gesamte Beamtenschaft und waren von Anfang an Teil der „Verhandlungsmasse“. Die Vorzeichen jetzt nachträglich zu ändern,

ist mindestens ein Vertrauensbruch – für viele noch mehr.

Der Vorsitzende der GdP Südhessen, Christian Richter, sagte in seinem Beitrag: „Selbst meine Kinder wissen, dass einmal vereinbarte Spielregeln während der Runde nicht mehr geändert werden dürfen! Ministerpräsident Boris Rhein spricht davon, nicht am Bürger und der Zukunft dieses Landes zu sparen, sondern bei sich selbst – aber mit dieser Einsparung am Personal wird sehr wohl an der Zukunft dieses Landes und auch an seinen Bürgern gespart. Oder sind über 100.000 Beamte mit ihren Familien keine direkten Bürger dieses Landes?“

Wir sind uns alle einig: Ein Sonderopfer der hessischen Beamten im Namen der Schuldenbremse darf es nicht geben – und schon gar nicht ausgehend von einer Besoldung, die wohl schon seit über einem Jahrzehnt verfassungswidrig zu niedrig ist!

Christian Richter, GdP Südhessen



Foto: GdP Südhessen



DGB-Stände in Mittelhessen

Am 12. Dezember 2024 in der Mittagszeit hatte der DGB zusammen mit der Bezirksgruppe Mittelhessen der GdP einen Informationsstand am Berliner Platz angemeldet.

Ziel war es, über die bevorstehende Verschiebung der Besoldungserhöhung der Beamten des Landes Hessen zu informieren sowie Unterschriften gegen diese Verschiebung zu sammeln.

Holger Schmidt und Kerstin Wöhe von der GdP kamen mit vielen Bürgern ins Gespräch und viele zeigten ihr Unverständnis über die Behandlung des Landes Hessen mit ihren Beamten.

So kamen zahlreiche Unterschriften zusammen. Im Anschluss wurde zusammen mit Robin Mastronardi, Geschäftsführer des DGB Mittelhessen, die Polizeistation Gießen Nord aufgesucht und ein kleiner Weihnachtsgruß in Form von Schokoladen-Nikoläusen verteilt.

Auch hier kam man mit den Kollegen ins Gespräch und die Bereitschaft, die Liste zu unterschreiben, war groß.

Am 17. Dezember 2024 wurde erneut zur Mittagszeit ein Stand des DGB in Kooperation mit der GdP in der Ferniestraße 8, direkt vor dem Polizeipräsidium Mittelhessen, aufgebaut.

Hier stand nicht das Gespräch mit dem Bürger im Fokus, sondern mit den Kolleginnen und Kollegen, die unmittelbar von der Besoldungsverschiebung betroffen sind.

Auch hier kamen wir mit zahlreichen Personen ins Gespräch und viele unterschrieben die Protestaktion. Weiterhin teilten uns zahlreiche Kolleginnen und Kollegen ihren Unmut und auch ihren Frust über die Behandlung mit den Beamten des Landes Hessen mit und zeigten sich enttäuscht von

der geringen Wertschätzung ihrer Landesregierung.

Sie zeigten sich dankbar für diese Aktion und äußerten sich auch positiv über die zahlreichen Demonstrationen der Gewerkschaften.

Auch diesen Kolleginnen und Kollegen wurde ein Schokoladen-Nikolaus als Dank für ihre Arbeit überreicht.

Nina Bachelier, GdP Mittelhessen



Foto: GdP Mittelhessen



Die Woche des Protests macht am 12. Dezember halt in Wiesbaden

Deutlich im Zeichen der Beamtenproteste stand die Woche vom 9. bis 13. Dezember des zurückliegenden Jahres. Am 12. Dezember war es in der Landeshauptstadt Wiesbaden so weit: Mehrere Hundert Kolleginnen und Kollegen, darunter auch ehemalige und heutige Pensionäre, brachten vor dem Hauptbahnhof in Sichtweite des Innenministeriums den Verkehr sprichwörtlich zum Erliegen. Doch der Reihe nach. Der GdP-Landesvorstand hatte seine Jahresabschlussitzung, die turnusmäßig in der winterlichen Schwalm in jedem Jahr stattfindet, eigens in die Landeshauptstadt verlegt. Statt Gans und Rotkraut gab es Protest. Zur Einstimmung gab es vom Landesvorsitzenden eine politische Darstellung der Ereignisse. Da auch der Landtag seine letzte Sitzungswoche zeitgleich hatte, fanden auch Gespräche mit Abgeordneten statt. Der Haushalt 2025 wurde politisch in den Landtag

eingebraucht. Jetzt beginnt die Uhr zu laufen. Im Januar kommt der Landtag nicht zusammen. Die nächsten Sitzungen sind am Schlossplatz im Stadtschloss im Februar termi-



niert. Es bleibt also noch Zeit, alle Abgeordneten davon zu überzeugen, dass die Idee mit der Besoldungskürzung „eine politische Odyssee“ ist.

Lauter Protest und GdP-Dominanz

Die Stimmung unter den Protestlern wurde ab 14:30 Uhr lauter und viele Menschen kamen auf dem Bahnhofsvorplatz zusammen. GEW, Verdi und GdP heizten den Kolleginnen und Kollegen mit ihren jeweiligen Ansprachen ordentlich ein! „Eine Riesensauerei ist die Tatsache, dass hauptsächlich untere Besoldungsgruppen, A 6 bis A 10, bis ins Mark von der Besoldungskürzung betroffen sind! Wir schützen seit dem Anschlag in Solingen Volksfeste, danach Weihnachtsmärkte und bekommen an Silvester zum Dank Böller und Raketen um die Ohren geschossen! Wir sind die, die für die Daseinsvorsorge und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger in Hessen verantwortlich sind! Danke für nichts!“, betonte der GdP-Chef. Der Kompass dieser Haushaltspolitik zeigt keinen Weg! „Nebulös und diffus“ sind

Koordinaten, die Kapitän Rhein und Steuermann Mansoori durch Zahlmeister Lorz in dieser Woche gesetzt haben!“ Politische Narrative wie „sichere Arbeitsplätze der Beamten“ sind antiquiert und verbraucht. Weitere große Baustellen sind unsägliche Wartezeiten bei der Beihilfe sowie eine optimierungsbedürftige Personalausstattung bei Polizei, Richtern und Justiz!

Sorge, Frust und Enttäuschung war unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern oft zu hören. Politische Glaubwürdigkeit steht auf der Kippe oder anders ausgedrückt: Die Sollbruchstelle zwischen Landesregierung und Beamtenschaft ist gebrochen. Keine noch so schönen Sonntagsreden nutzen den Beamtenfamilien, wenn sie im nächsten Jahr für vier Monate auf die Gehaltserhöhung verzichten müssen.

Ohne uns läuft nichts

Das Motto der Proteste in Darmstadt, Wiesbaden, Frankfurt am Main und am 18. Dezember in Kassel hat uns in Wiesbaden getragen. Der dichte Verkehrsstau vor dem Hauptbahnhof am Nachmittag, wenn auch nur für 20 Mi-





+++ #Sonderopfer +++ #Sonderopfer +++



Vor dem Innenministerium



Fotos: GdP, DGB

nuten, war wohltuend. Bezeichnend aber auch die Tatsache, dass aus dem Innenministerium mit seinen 800 Beschäftigten, darunter eine Mehrzahl von Beamtinnen und

Beamten, nicht den Weg zu uns Protestierenden fanden! Die GdP-Familie hatte in diesen Dezemberwochen deutlich gemacht, dass unter dem Dach des DGB die Einzelgewerk-

schaften nicht müde werden, sich gegen diese politischen „Sauereien“ zu wehren!

Jens Mohrherr

„Ohne uns läuft nichts!“ – Aktion vor dem Polizeipräsidium in Frankfurt

Am 13. Dezember 2024 rief der DGB Frankfurt-Rhein-Main zu einer weiteren Protestkundgebung in Frankfurt am Main auf.

Direkt am Polizeipräsidium, Ecke Adickesallee, sammelten sich die DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, Verdi, GEW und GdP, um gegen das Sonderopfer auf Kosten der Beamtinnen und Beamten Flagge zu zeigen. Die Pläne der Landesregierung sind, dass die zweite Erhöhung der Beamtenbesoldung in Hessen um vier Monate von August 2025 auf Dezember 2025 verschoben wird. Dadurch sollen 180 Millionen Euro im Landeshaushalt eingespart werden. Erneut bittet der Dienstherr die Beschäftigten zur Kasse, obwohl diese doch schon seit elf Jahren verfassungswidrig besoldet werden. Wann findet hier ein Umdenken in der Regierung Hessen statt? Bei anderen politischen Wünschen wurde nicht gespart, z. B. beim Hessengeld oder den neuen Ministerien.

300 Beschäftigte beteiligten sich an der Kundgebung. Die Eröffnungsrede übernahm der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, Michael Rudolph. Nach Reden der Feuerwehr (Verdi) und Sebastian Guttman (GEW Hessen)



Vor dem Polizeipräsidium Frankfurt

Foto: DGB, Frank Rumpenhorst



+++ #Sonderopfer +++ #Sonderopfer +++



Jochen Zeng

Foto: Katharina Kopp

richtete Jochen Zeng, Vorsitzender GdP Frankfurt am Main, das Wort an die Teilnehmer.

Er ging nochmal auf das Sonderopfer ein, die Sparmaßnahmen zulasten der Beschäftigten und der Frage, warum von der Landesregierung erneut keine anderen Wege gefunden wurden, um Geld einzusparen, als bei den Beschäftigten. Diese leisten jeden Tag alles für das Land Hessen und die Bevölkerung und verdienen Respekt von ihrem Dienstherrn in Form einer amtsangemessenen Besoldung und folglich die Übertragung der Tarifiergebnisse auf die Beamtenbesoldung! Auch in schwierigen Zeiten muss das Land für seine Beschäftigten einstehen und diese auch finanziell unterstützen. Die Lebenskosten stiegen für die Beschäftigten erheblich an und daher benötigen sie diese Übertragung

zeit- und inhaltsgleich, damit die Steigerungen ebenfalls ausgeglichen werden können.

Im Anschluss begab sich die Kundgebung auf die Kreuzung Adickesallee/Eschersheimer Landstraße, um die Straße für die Aktion kurzzeitig zu blockieren. „Ohne uns läuft nichts!“ wurde bei dieser Aktion für die Verkehrsteilnehmer deutlich! Nach den angemeldeten fünf Minuten verließen aber alle Teilnehmer wie geplant die Kreuzung und der Verkehr konnte wieder reibungslos passieren.

Wir hoffen, dass die Aktionen in Hessen endlich zu einem Umdenken der Landesregierung führen werden!



Jochen Zeng,
GdP Frankfurt am Main

Wenn die GdP-Trommel schlägt

Demo gegen das Sonderopfer in der Besoldung in Kassel

Sechs Tage vor Weihnachten haben eigentlich alle eine andere Beschäftigung als in den gelben GdP-Jacken und GdP-Westen auf die Straße zu gehen. Aber die Landesregierung ließ uns keine andere Wahl, unseren Protest und unsere Enttäuschung lautstark auf die Straße zu bringen.

Mit dem Mitte November verkündeten Sonderopfer der Beamten, die Verschiebung des Tarifabschlusses mit den 5,5 Prozent zum 1. August 2025 auf den 1. Dezember 2025, hat die Landesregierung ihr Wort und auch das Besoldungsgesetz gebrochen! Mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB Nordhessen, der IG BAU, der GEW, Verdi und der GdP waren wir uns schnell einig, wieder ein deutliches Zeichen in Kassel zu setzen.

Mit der Begrüßung von Jenny Huschke, der DGB-Vorsitzenden für Nordhessen, startete unsere Demo dann am 18. Dezember vor dem Kulturbahnhof gegenüber dem Polizeipräsidium um 16:30 Uhr.

Viele Kolleginnen und Kollegen nutzten den Feierabend und beteiligten sich an der Kundgebung. Mit ca. 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, davon mindestens die





+++ #Sonderopfer +++ #Sonderopfer +++

Hälfte GdP-Kolleginnen und -Kollegen, ging es im Anschluss in einem Demozug über die Kurfürstenstraße, den Ständeplatz, die Fünfensterstraße – mitten durch den vorweihnachtlichen Berufsverkehr. Bis zum Rathaus. Hier erfolgte die Abschlusskundgebung.

Bedanken möchte ich mich ausdrücklich bei unseren Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich, die sich solidarisch beteiligten, mit der ungenuten Vorahnung, dass es bei dem Wortbruch nicht bleiben wird. Auch waren unsere Pensionäre wieder stark vertreten. Neben den vielen Aktiven möchte ich aber besonders die Kreisgruppe Polizeiautobahnstation VI erwähnen, die mit über 30 Teilnehmern den stärksten Einzelblock stellten!

Auch waren viele Kommissariate unter den Teilnehmern. Mit der Beteiligung war ich sehr zufrieden. Im Anschluss nutzten manche noch den Weg für einen Besuch des Kasseler Weihnachtsmarktes.

Auch haben unsere drei GdP-Trommler Nadine, Claus und Roland für deutliche Wahrnehmung gesorgt.

Nach Wiesbaden haben wir aus Kassel das deutliche Zeichen geschickt, dass wir den Wortbruch der Landesregierung nicht einfach hinnehmen werden.

Stefan Ruppel,
GdP Nordhessen



Fotos: GdP Nordhessen

Kompetenzen und Erfordernisse bündeln: Fachausschuss Kriminalpolizei konstituiert

Kriminalpolizeiliche Aufgaben standen im Fokus der zentralen Arbeitstagung des GdP-Landesfachausschusses Kriminalpolizei. Neben einer Bestandsaufnahme der derzeitigen Arbeitssituation wurde eine Schwachstellenanalyse am Beispiel mehrerer Kriminalinspektionen vorgenommen.

Die seitens des Landespolizeipräsidiums angestoßenen Betrachtungen im Projekt P 24 befassen sich mit den Strukturen der Kriminalpolizei, die seit der polizeilichen

Neuorganisation Anfang der 2000er-Jahre nahezu unverändert in den Flächenpräsidien und dem Landeskriminalamt homogenisiert werden sollen.

Erweiterte Befugnisse für die Polizei brauchen ein rechtlich stabiles Fundament! Es ist unserer Gesellschaft nicht vermittelbar, dass viele hessische Sicherheitsgesetze für unsere Sicherheitsbehörden in den zurückliegenden Jahren häufig „rechtlichen Überprüfungen oberster Gerichte“ nicht

standhielten und nachjustiert werden mussten! Wir können momentan nicht erkennen, wie unsere Kolleginnen und Kollegen personell die zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen angemessen kontrollieren sollen, ohne andere wichtige polizeiliche Aufgaben zu vernachlässigen.

Die Zunahme psychischer Belastungen, das heterogene Zulagenwesen im Bereich der Kripo sowie Umstrukturierungen wurden u. a. als stark optimierungsbedürftig identi-



ziert. Der Einsatz von KI erfordert ein Schritt halten der vorhandenen technischen Strukturen.

Zudem fordere man die Einführung von IP-Mindestspeicherfristen. Dafür hatte sich auch BKA-Präsident Holger Münch ausgesprochen. Der Bundesrat hat einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Mindestspeicherung von IP-Adressen für die Bekämpfung schwerer Kriminalität vorgelegt. Diesen begrüßen wir als einen ersten Schritt in die richtige Richtung.

Die fehlende Vorratsdatenspeicherung ist bundesweit „die Schwachstelle“ im Bereich

der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und der widerlichen Kinderpornografie!

Der Fachausschuss Kriminalpolizei, besetzt aus allen kriminalpolizeilichen Fachdienststellen der hessischen Polizeibehörden, möchte durch Angebote im Bereich der speziellen Fortbildung und durch politische Einflussnahme im Verbund mit dem GdP-Landesvorstand wirken. Zum Sprecher wurde der westhessische Kriminalhauptkommissar Peter Vitze gewählt.

Ideen gibt es genug, die GdP wird für die Umsetzung kämpfen!

Jens Mohrher



Generationsübergreifende Zusammenarbeit

Generationsübergreifende Zusammenarbeit – oder sogar generationsübergreifende Führung – ist und bleibt eine Herausforderung, der wir uns tagtäglich stellen müssen: im Alltag, in der Familie und – wie könnte es anders sein – natürlich auch im dienstlichen Kontext.

Die GdP Hessen bietet hierzu für alle Mitglieder das Seminar „Generationsübergreifende Zusammenarbeit“ an. Vom 6. bis 7. November 2024 hatten wir, unter der Leitung von Klaudia Söllner von SL Consult, die Gelegenheit, uns intensiv mit den Fragen der Generationen auseinanderzusetzen. In einer

bunt gemischten Teilnehmergruppe aus allen Bereichen der hessischen Polizei und der Kommunalpolizei war es spannend, die Erfahrungen aus den verschiedenen Bereichen zusammenzubringen. Denn neben vielen Gemeinsamkeiten gibt es zwischen den Babyboomern, der Generation X, Y, Z, den

Millennials und der Generation Alpha auch zahlreiche Besonderheiten und Unterschiede – insbesondere hinsichtlich der Werte, Bedürfnisse sowie der Kommunikation und Verbindlichkeit.

Eine Erkenntnis, die ich für mich mitgenommen habe, ist sicherlich, dass die Sichtweisen und Einstellungen der „neuen“ Generationen nicht immer mit denen der „älteren“ Generationen kompatibel sind. Gerade darin liegt jedoch ein großer Schatz, der möglicherweise dazu beitragen kann, dass wir als Polizei insgesamt irgendwann davon wegkommen – auf Kosten der Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen sowie unserer eigenen –, immer alles möglich machen zu wollen. Die Potenziale sind enorm, die Gefahren leider auch.

Wer mehr über seine eigene Generation und die Generationen, mit denen wir tagtäglich zusammenarbeiten, lernen möchte, dem sei dieses Seminar „Konstruktive Zusammenarbeit der Generationen X, Y, Z“ im November 2025 wärmstens empfohlen!

Christian A. Richter

Foto: GdP/Hessen

